



Abschlussbericht

Bürgerhaushalt

Heidenrod 2013

Ihre Ideen - unser Ansporn!



Einleitung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir haben für die Haushaltsplanung den "Bürgerhaushalt" ins Leben gerufen. Dieser Bürgerhaushalt bietet die Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger aktiv an den Beratungen durch Einreichung von Vorschlägen zu beteiligen. Somit werden Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde – und damit wichtige Entscheidungen – beeinflusst.



Aufgrund der desolaten Finanzsituation der Gemeinde – wir befinden uns nunmehr im ersten Jahr unter dem kommunalen Schutzschirm des Landes Hessen – steht der Bürgerhaushalt unter dem Motto "Einnahme- und Sparhaushalt"! Die Vorschläge sollten Wege aufzuzeigen, wo sich in der Gemeinde Heidenrod noch Einsparpotenziale befinden oder Einnahmeverbesserungen möglich sind. Ihre eingereichten Vorschläge wurden in allen Sitzungen den Gemeindegremien vorgelegt und eingehend beraten.

Im Verlaufe dieses Abschlussberichtes werden sowohl Ablauf als auch Ergebnisse des Heidenroder Bürgerhaushaltes 2013 dargestellt und erläutert.

gez. Harald Schmelzeisen

Bürgermeister



Ablauf





Eingegangene Vorschläge

Vorschlag 1:

Eingeschränkter Winterdienst in Nebenstraßen

In Straßen wo kein Durchgangsverkehr erfolgt prüfen, ob ein eingeschränkter Winterdienst mit weniger Aufwand also auch weniger Kosten möglich ist. Es könnte für die Anwohner einfacher sein mit einer festen Schneedecke umzugehen wie mit zugeschobenen Gehwegen und parkenden Autos auf der Straße. Straßen mit Durchgangsverkehr und Gefällstrecken müssen sicherlich nach wie vor gestreut werden ebenso wenn Glatteisgefahr besteht. Könnte auch ein Umweltbeitrag sein.

Verwaltungskommentar:

Grundsätzlich ist die Gemeinde zum Winterdienst im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet. Danach können weitere Einschränkungen sicherlich umgesetzt werden. Seit 2009/2010 wird der Winterdienst schon nach einem überarbeiteten Plan durchgeführt. Dabei wurden erhebliche Strecken von der Kategorie B in C verschoben. Wenn man da wirklich sparen will muss man bereit sein gar nichts mehr zu machen und auf Tauwetter zu warten. Wenn der Schnee erst mal richtig festgefahren ist lässt er sich entweder mit unserem Gerät gar nicht mehr oder nur mit sehr viel größeren Aufwand.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt

**Vorschlag 2:****Schäden Online melden**

Im Zeitalter der Vernetzung kann ich mir gut vorstellen, dass Bürger Schäden oder erkennbare Probleme intensiver ONLINE an die Gemeinde melden wie per Telefon bzw. über Dritte. Auch hier könnten bei Früherkennung von Schäden eventuell Kosten eingespart werden.

Verwaltungskommentar:

Grundsätzlich guter Gedanke. Da wir aber in der Regel etwas reparieren oder Instand halten, wenn gar nichts mehr geht nutzt die Früherkennung wenig. Für eine Unterhaltung des Anlagevermögens nach DIN fehlen Mittel in mehrfach sechsstelliger Höhe in allen Bereichen.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	zugestimmt
Gremien	abgelehnt

**Vorschlag 3:****Vorschlagswesen**

Für alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinde Heidenrod (einschließlich Kitas) sollte offiziell ein Vorschlagswesen eingeführt werden. Das Wissen der Beschäftigten ist ein enormes "Kapital" das mit entsprechender Anerkennung zum Vorteil Aller genutzt werden kann und von Fall zu Fall auch zu Einsparungen führt. Es trägt auch zur Anerkennung, Ansporn und Motivation bei.

Verwaltungskommentar:

Es gibt bereits seit dem 06.07.2011 eine entsprechende Richtlinie zum „Ideenmanagement“ in der Gemeindeverwaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben aber auch schon vorher aktiv Ideen und Vorschläge zur Verbesserung der Betriebsabläufe und Kosteneinsparungen eingebracht. Eine wesentliche Änderung ist durch die Richtlinie nicht eingetreten.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	zugestimmt
Gremien	zugestimmt



Vorschlag 4:

Budgetverantwortung in die Ortsteile

Budgetverantwortung in Verbindung mit der Übernahme von Tätigkeiten in die Ortsteile!

Heidenrod ist die flächengrößte Großgemeinde in Hessen mit 19 Ortsteilen im Verhältnis aber mit einer sehr begrenzten Einwohnerzahl. Das Steueraufkommen deckt allgemein nicht die Kosten die bedingt der Flächengröße (weit auseinander liegenden und Anzahl der Ortsteile) anfallen. Z.B. für die laufenden Unterhaltungsarbeiten von Friedhöfen, Dorfgemeinschaftshäusern, Spielplätzen, Stellplätze für Glascontainer und sonstige Gemeindeeigene Flächen, sowie für Kleinreparaturen vieler Art, sind die Wegstrecken mit den Fahrzeugen zeitaufwendig und binden somit mit den Fahrzeiten zusätzliche Personalkosten. Mit Feststellung der heutigen Ortsteilbezogenen Kosten für solche Teilaufgaben, kann ein vernünftiger Budgetwert ermittelt werden. Einsparungen, das zeigen Erfahrungswerte, können ohne weiteres 1/3 der heutigen Kosten sein. Die Verantwortung für die Ausführung der vereinbarten Tätigkeiten mit der Gemeindeverwaltung, den Tätigkeitsnachweis und die Budgetverantwortung obliegen dem Ortsbeirat. Bei Ortsbezogenen Budgeteinsparungen jedoch mit dem Nachweis, dass die Tätigkeiten ordnungsgemäß ausgeführt wurden, verbleiben eventuelle weitere Einsparungen zweckgebunden dem jeweiligen Ortsteil zur Verfügung und können in das Folgejahr übertragen bzw. angespart werden.

Wer führt die vereinbarten Tätigkeiten aus?

Der Ortsbeirat kann das in der Regel selbst nicht. Die meisten Ortsbeiratsmitglieder können dies bedingt der beruflichen Tätigkeiten zeitlich nicht leisten. Der Ortsbeirat kann sich aber rüstigen Rentnern, die ehrenamtlich oder gegen geringes Entgelt vereinbarte wiederkehrende Tätigkeiten ausführen, bedienen. In jedem Ortsteil, man muss die Menschen nur ansprechen, sind auch einige bereit sich für ihren Ort einzusetzen. Es können auch einzelne Personen, wie es heute teilweise schon praktiziert wird, gegen Stundennachweis (geringfügiges Entgelt) Tätigkeiten ausführen. Ein weiterer Effekt ist, dass die Verantwortung für "mein Ort" steigt und dies für den Gemeinschaftsgeist einer vor Ort Verantwortung sehr förderlich sein kann. Ist dieses Ziel erreicht, kann in einem zweiten Schritt mit einem Budget für die Bewirtschaftung des Dorfgemeinschaftshauses, eine Budgetverantwortung ebenso dem Ortsteil (Ortsbeirat) übertragen werden. Auch hier sind in Verbindung mit der Eigenverantwortung und weiteren Initiativen die sich wie von selbst entwickeln werden, Einsparungen ohne Qualitätsverzicht, zu erzielen. Mit solchen Veränderungen kann ein ausgeglichener Haushalt der Gemeinde nicht erreicht werden, es könnte aber ein Schritt in die richtige Richtung sein.



Verwaltungskommentar:

Das Thema ist nicht neu. In den 1990er Jahren wurde in den Gremien das sogenannte „Waldemser Modell“ diskutiert. Gemeint war damit die Stärkung der Ortsbeiräte. Man hat dabei etwas neidisch auf die Rheinlandpfälzische Kommunalverfassung mit den rechtlich selbständigen Ortsgemeinden geschaut, da die Hess. Gemeindeordnung (HGO) hier enge Grenzen setzt. Seit dem gab es immer wieder (Prüf-) Anträge von unterschiedlichen Fraktionen in diese Richtung. Zuletzt wurde auch ein Antrag an das Hess. Ministerium des Innern und für Sport eine Ausnahmegenehmigung gem. § 133 HGO (Experimentierklausel) zu erteilen abgelehnt. In abgeschwächter Form gibt es mit den sog. Handgeldern schon die Möglichkeit für den Ortsbeirat Dinge vor Ort zu regeln. Auch die vom Ortsbeirat in Einsatz gebrachten Personen erhalten ihr, wenn auch geringes, Entgelt von der Gemeinde. In Absprache mit der Verwaltung werden darüber hinaus bedarfsgerecht Mittel für kleinere Beschaffungen freigegeben.

Zur Stärkung des „Bürgerschaftlichen Engagements“ in den Ortsteilen hat die Gemeindevertretung im Zuge des Haushaltes 2012 folgenden Beschluss gefasst:

- Es wird ein mit 10.000 € dotierter Fonds/Förderpreis bei der Gemeinde Heidenrod zur Honorierung besonderer gemeinwohlorientierter Arbeit in den Ortsteilen eingerichtet.*
- Mit den Mitteln aus dem Fonds sollen Maßnahmen, die zur Pflege und Unterhaltung von dem Gemeinwesen dienender Infrastruktur (DGH, Friedhof, Öffentliche Anlagen etc.) in der Regel durch die Ortsbeiräte oder durch örtliche Initiativen im Einvernehmen mit den jeweiligen Ortsbeiräten durchgeführt werden, unterstützt und gewürdigt werden. Der Fonds ist haushaltsrechtlich bei dem Produkt 01.01.01 „Gemeindeorgane/Ortsbeiräte“ zu veranschlagen und in der Produktbeschreibung darzustellen.*
- Verwendete Mittel aus dem Fonds werden beim jeweiligen „Ausführungsprodukt“ verbucht, der Gemeindevertretung über die Empfänger berichtet.*
- Die Mittel werden auf Antrag der Ortsbeiräte/Initiativen in Beträgen von 500 € bis 2.500 € durch den Gemeindevorstand für das Folgejahr vergeben. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, ein Vergabeschema zu entwickeln, dass insbesondere den nachhaltigen Nutzen der Maßnahme im Sinne der ideellen und finanziellen Belange der Gemeinde und das jeweilige bürgerschaftliche Engagement berücksichtigt.*
- Die Mittel werden nicht in bar ausgezahlt, sondern stehen zweckgebunden für Maßnahmen, wie in Absatz zwei beschrieben, den Ortsbeiräten/Initiatoren zur Verfügung und sind in Absprache mit der Gemeindeverwaltung zu verwenden.*



- *Der Fonds wird durch Einsparungen bei anderen Produkten (Sach-/Dienstleistungen, Material) gefüllt.*
- *Ferner soll der Gemeindevorstand prüfen, wie es in Zukunft möglich ist, Ortsbeiräten kleine Budgets in Verbindung mit Aufgaben zu übertragen. Ziel soll es sein, durch die räumliche Nähe der Ortsbeiräte Einsparungen zu erzielen und gleichzeitig den Ortsbeiräten mehr finanzielle Möglichkeiten zu geben, der den Einwohnern zeigt, dass es sich lohnt für den Ortsteil zu arbeiten. Ortsbeiräte müssen in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt werden.*

Positive Beispiele wie der Außenanstrich an der Limeshalle in Huppert oder aktuell Außenanstrich an der Morsbachhalle Zorn gibt es. Diese Beispiele gab es aber auch schon früher, z.B. Wiederaufbau Backes Obermeilingen oder Anstrich DGH Watzelhain. Diese Beispiele machen (leider) deutlich, dass sich die Gemeinde trotz dieses schon länger vorhandenen bürgerschaftlichen Engagements in ihrer misslichen finanziellen Situation befindet. Vor diesem Hintergrund gilt es zunächst einmal dieses Engagement zu erhalten um die finanzielle Situation nicht noch zu verschärfen. Ob eine Ausweitung möglich ist und diese zu größeren Einsparungen für die Gemeinde führt bleibt abzuwarten.

Neben dem rein finanziellen Aspekt halten wir die –auch im Vorschlag genannte - damit einhergehende Identifizierung für „mein Dorf“ und damit die örtliche Gemeinschaft als einen wesentlichen Faktor für die Lebensqualität in Heidenrod für sehr wichtig.

Bei all diesen Überlegungen darf nicht übersehen werden, dass Ortsbeiräte ehrenamtlich tätig sind. Ähnlich wie in Vereinen fällt es zunehmend schwerer überhaupt Menschen zu finden, die bereit sind sich zur Wahl zu stellen. Verschiedentlich müssen wir feststellen wie lange es dauert oder wie schwer es fällt gewisse Dinge zu erledigen. Nicht jedes Mitglied eines Ortsbeirates wird sich über die Übertragung eines Budgets und damit einer nicht unerheblichen Verantwortung freuen. Man darf hier auch nicht mit Erwartungen überziehen sonst läuft man Gefahr, dass das Gegenteil dessen was man fördern will eintritt.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 5:

Proberäume für Musikernachwuchs

Hallo liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Heidenrod!

In unserer Gemeinde gibt es eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen die musikbegeistert sind, ein Instrument erlernen, oder erlernt haben und die gerne untereinander Musikgruppen gründen würden. Problem: Es fehlen dafür die geeigneten Räumlichkeiten. Vielleicht gibt es in Heidenrod einen Ort, der für diesen Zweck, den Jugendlichen von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden könnte? (z.B. alte Scheune, Halle, ein leerstehendes Gebäude, ...) Wichtig wäre, dass die Räumlichkeiten dauerhaft zur Verfügung stehen, so dass etwaiges Equipment in den Proberäumen verbleiben kann. Bestimmt findet sich eine Möglichkeit, den Musikernachwuchs in Heidenrod in dieser Angelegenheit zu unterstützen. !!! Dies kann und soll kein Ersatz für Angebote der Musikschulen sein, sondern viel mehr der Jugend die Möglichkeit bieten, sich in ihrer Freizeit treffen zu können, um sich unter festgelegten Rahmenbedingungen, frei entfalten und kreativ sein zu können!!! Eine blühende, junge Musikszene in Heidenrod wäre eine tolle Sache und würde die Gemeinde nur bereichern!

Verwaltungskommentar:

Die Gemeinde verfügt nicht über „leerstehende Gebäude“, alte Scheunen, Hallen oder dergleichen. Die im Eigentum der Gemeinde stehenden Dreschhallen sollen zudem verkauft werden. Unabhängig davon wären sie als Proberäume für Musikgruppen nicht geeignet. In unseren Dorfgemeinschaftshäusern stehen nur in wenigen Objekten Räume zur Verfügung, die einem Nutzer fest übertragen werden können. Alle anderen Räume dienen der Mehrzwecknutzung (Übungszwecke, Feiern, öffentliche Veranstaltungen) und stehen allen Nutzern zur Verfügung. In einem Fall haben wir einen Kellerraum in einem Dorfgemeinschaftshaus einer Gruppe Jugendlicher für Übungszwecke überlassen. Da diese Gruppe nicht unter die „gemeinnützigen Vereine“ im Sinne der Benutzungsordnung für Mehrzweckeinrichtungen der Gemeinde fällt wird eine entsprechende Benutzungsgebühr erhoben. Im Übrigen könnte die Gemeinde allenfalls bei der Suche nach geeigneten Objekten im Gemeindegebiet helfen. Interessierte Jugendliche bitten wir sich an die Jugendpflegerin zu wenden.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 6:

Schiffsausflug Senioren

Abschaffung des Schiffsausflugs für die Senioren. Die Organisation wäre ok, aber die Senioren müssten alles zahlen, nicht nur einen Obolus.

Verwaltungskommentar:

Schiffsausflug

Der Schiffsausflug der Heidenroder Senior/innen wird seit 1978 angeboten. Zuerst jährlich, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung seit 2004 nur noch alle zwei Jahre, im Wechsel mit dem Heidenroder Seniorentag. 2012 wird es die 31. Fahrt sein. Die Teilnehmerzahlen schwanken, was eine Planung und Kalkulation erschwert.

2012/	310
2010/	326
2008/	415
2006/	325
2004/ 242	

Die Eigenbeteiligung der Teilnehmer/innen wurde Jahr für Jahr den gestiegenen Kosten für die Busse und das Schiff angehoben.

2012/	12,50	€
2010/	10,00	€
2008/	10,00	€
2006/	8,00	€
2004/ 7,50 €		

Problematisch ist die Auswahl der Strecke. Bei den vielen Fahrten sind wir eigentlich schon überall da gefahren, wo ein Tagesausflug noch möglich ist, auf Main, Rhein und Mosel. Interessante Fahrten mit einer weiten Busanfahrt werden nicht mehr angeboten, da dies die Kosten noch weiter nach oben treibt. So scheiterten Überlegungen für eine Fahrt nach Köln oder Trier an den Kosten.

Um zu entscheiden, ob ein solches Angebot in der heutigen Zeit noch sinnvoll ist, muss man bedenken, was die Gemeinde Heidenrod zur Schaffung dieses Schiffsausfluges bewegt hat:

Mit der Schifffahrt sollte den Bewohner/innen der 19 Heidenroder Ortsteile die Gelegenheit geboten werden, sich zu treffen, ein Schwätzchen zu halten, Neuigkeiten aus den Ortsteilen auszutauschen, ehemalige Arbeitskolleg/innen zu treffen, Grüße an die Daheimgebliebenen zu übermitteln und vieles mehr.



Dass der Schiffsausflug als „Informationsbörse“ genutzt wird, und somit seinen Zweck erfüllt, kann bei den Fahrten erlebt werden!

Finanzielle Auswirkungen 2012- geschätzt-

Kosten Schiff	3.000,00	€
Kosten Busse	1.820,00	€
Ausgaben		
ohne Personalkosten der Begleitpersonen	4.820,00	€
Einnahmen bei 300 Personen a 12,50 €	3.750,00	€
Zuschuss der Gemeinde	1.070,00 €	

Finanzielle Auswirkungen 2012- Ergebnis-

Kosten Schiff	3.000,00	€
Kosten Busse	1.820,00	€
Ausgaben		
ohne Personalkosten der Begleitpersonen	4.820,00	€
Einnahmen bei 321 Personen a 12,50 €	4.012,50	€
Zuschuss der Gemeinde	807,50 €	

Würden mehr Personen mitfahren, z.B. 400 würden die Einnahmen steigen, Mehrkosten für die Busse anfallen, aber letztlich nur noch 340,00 € Zuschuss der Gemeinde erforderlich sein.

Eine kostendeckende Berechnung des Teilnahmebeitrages wäre nur möglich, wenn ein kleines Schiff gemietet würde, mit begrenzter Teilnehmerzahl (ca 200). Diese Fahrt würde aber dem Angebot „Treffpunkt“ für alle Heidenroder zu sein, nicht mehr gerecht werden.

Bei der Anmietung eines Schiffs mit 400 Personen unter Deck ist die kostendeckende Höhe des Teilnahmebeitrages im Voraus nicht zu ermitteln.

Bei der Festlegung des Eigenanteils ist auch eine soziale Komponente zu beachten. Geht man davon aus, dass ein Ehepaar an der Fahrt teilnimmt, kommen zuzüglich zum Fahrpreis (2X 12,50 €) noch die Kosten für das Mittagessen (2X 9,00 €), die Getränke, Kaffee und Kuchen dazu. 80-100,00 € wird der Tag dem Ehepaar kosten.

Der Schiffsausflug sollte eingestellt werden, wenn die Teilnehmerzahl unter 250 sinkt.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt, solange Teilnehmerzahl >250



Vorschlag 7:

Wasserverbund

Einen Wasserverbund mit der benachbarten Stadt (SWA) bzw. den Gemeinden (Hohenstein, Aarbergen) und den angrenzenden VG' s in RLP (Katzenelnbogen, Nastätten) aufzubauen. Bestimmt würde man etliche Gelder da einsparen können.

Verwaltungskommentar:

Im Rahmen der Beratungen zur weiteren Konzeption zur Trinkwasserversorgung in der Gemeinde Heidenrod mit dem nachfolgenden Bürgerentscheid wurde auch über Möglichkeiten eines Wasserverbunds mit den Nachbarstädten Katzenelnbogen und Nastätten nachgedacht.

Bedauerlicherweise musste festgestellt werden, dass beide Verbandsgemeinden über keine nennenswerten Überschüsse verfügen und ganz im Gegenteil ebenfalls an die Fremd- und Fernwasserversorgung angeschlossen sind (Verbandsgemeinde Nastätten) bzw. planen, an eine solche anzuschließen (Verbandsgemeinde Katzenelnbogen). Auch die Situation in Hohenstein und Aarbergen ist nicht so, dass dort Überschüsse bei der Trinkwasserversorgung bestehen.

Vor diesem Hintergrund und den erheblichen Leitungslängen, die zwischen den Gemeinden und Verbandsgemeinden bestehen, sind solche Lösungen auch extrem teuer. Hier sind Einsparungen leider nicht zu erwarten.

Im Übrigen hat der Bürgerentscheid die weitere Vorgehensweise bezüglich der Trinkwasserversorgung in der Gemeinde Heidenrod festgelegt. Die nötigen Investitionen müssen in den nächsten Jahren neben dem normalen Unterhaltungsaufwand für die Ortsnetze und Hochbehälter umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 8:

Bauhof

Zu überlegen wäre den Bauhof abzuschaffen. Pro Ortsteil findet sich bestimmt eine Person (Rentner, Arbeitsloser) der die Flächen der Gemeinde gegen einen Stundenlohn natürlich, pflegt. Bei größeren Reparaturen müsste man Fremdfirmen beauftragen. So würde man den heimischen Mittelstand noch unterstützen. In anderen vergleichbaren Kommunen wird dies schon praktiziert, erfolgreich. Sparen tut weh.....

Verwaltungskommentar:

Verwaltungsseitig wird zu bedenken gegeben, dass eine gewisse Grundbesetzung des gemeindlichen Bauhofs immer und alle Zeit, auch bei weiterer Auslagerung von Leistungen in die freie Wirtschaft, erforderlich ist. Leider ist es nun einmal so, dass auch freie Unternehmer nicht auf Zuruf aus dem Rathaus oder einem Ortsbeirat reagieren. Vor diesem Hintergrund sind eine Reihe von kleineren Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten, die unbedingt kurzfristig erledigt werden müssen, eigentlich nur durch den gemeindlichen Bauhof zu schultern. Dabei ist zu bedenken, dass bei bestimmten Arbeiten ja auch eine gewisse Mindestqualifikation erforderlich ist. Beispielhaft seien hier kleinere Reparaturen an Elektroinstallationen genannt.

Vor diesem Hintergrund dürfte der derzeitige Personalstand bereits das absolute Minimum sein.

Eine Illusion ist es auch, dass sich in allen Ortsteilen Personen finden, die gegen Stundenlohn, die Aufgaben des gemeindlichen Bauhofs übernehmen. Ganz im Gegenteil musste festgestellt werden, dass in einer ganzen Reihe von Ortsteilen niemand mehr für solche Arbeiten bereitsteht. Vor dem Hintergrund der bereits angeführten beschränkten Personalkapazität des gemeindlichen Bauhofs musste deshalb die GBW in einer ganzen Reihe von Ortsteilen mit der Pflege der Grünflächen und dem Heckenschnitt beauftragt werden.

Auch das Argument „Sparen tut weh“ ist hier nach Auffassung der Verwaltung nicht angebracht. Auch der Einsatz von geringfügig Beschäftigten führt zu Personalkosten. Ob diese nun höher sind, wie die Stundenlöhne, die im gemeindlichen Bauhof zu veranschlagen sind, hängt ganz davon ab, wie die Einkommensverhältnisse der jeweils in den Ortsteilen eingesetzten Personen sonst sind. Unter Umständen kann es sogar so sein, dass die Aufwendungen insgesamt höher sind, als bei Ausführungen der Arbeiten durch den gemeindlichen Bauhof. Man bedenke z.B., dass ein bereits anderweitig fest Beschäftigter von der Gemeinde einen gewissen Mindeststundenlohn garantiert bekommt.



Da die Gemeinde darüber hinaus jedoch dann in erheblichem Umfang Lohnsteuer und Sozialabgaben abzuführen hat, entsteht unter Umständen die Situation, dass eine Hilfskraft in den Ortsteilen teurer ist, als ein fest Beschäftigter auf dem gemeindlichen Bauhof oder gar der Einsatz der GBW. Zu bedenken ist auch, dass nicht in allen Ortsteilen die Geräte für solche Arbeiten vorgehalten werden können und z.B. dann ungeeignete Geräte (z.B. Rasenmäher Mähbreite 40 cm auf einer Fläche von ¼ ha) eingesetzt werden müssten. Auch hier entstünden natürlich dann entsprechend höhere Lohnstückkosten.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 9:

Kinderspielplätze

Vor dem Hintergrund der Überlegung den Spielplatz in Algenroth abzubauen, stellt sich diese Frage auch beim Spielplatz in Obermeilingen und Niedermeilingen. Ironischerweise wurde der Obermeilinger Spielplatz gerade mit einigem Aufwand wieder hergerichtet. Tatsächlich wird dieser Spielplatz so gut wie nie von Kindern aufgesucht, wohl auch deshalb, weil es kaum welche hier gibt. Ich denke man muss sich keine Sorgen darum machen, dass das Fehlen eines Spielplatzes in irgendeinem Ortsteil von Heidenrod ein Standortnachteil wäre. Es gibt Ortsteile ohne Spielplatz und auch dort spielen die Kinder. Immerhin wohnen wir in einer landschaftlich ausgesprochen reizvollen Gegend.

In Anbetracht der Kosten für Spielgeräte, Platzpflege und dauernde Verkehrssicherungspflichten der Gemeinde sollte über die Auflösung der annähernd ungenutzten Plätze nachgedacht werden. Die Mittel können anderweitig in der Jugendpflege sicher besser eingesetzt werden. Unsere eigenen Kinder fanden den Spielplatz übrigens immer ziemlich langweilig. Der nahe liegende Bach war da viel interessanter.

Verwaltungskommentar:

Der Vorschlag beschäftigt sich über das Thema Spielplatz hinaus gedacht mit den Standards in den einzelnen Ortsteilen, die sich die Politik selbst gibt. Im vorliegenden Fall ist es sogar ausnahmsweise einmal so, dass die gemeindlichen Beschlussgremien letzten Endes abschließenden Einfluss auf diese Standards nehmen könnten. Bisher war es wohl so, dass man eine Gleichstellung aller Ortsteile bezüglich der Infrastruktur erreichen wollte. Es muss allerdings die Frage gestellt werden, inwieweit dies in Bezug auf die nicht auf gesetzlichen Vorgaben übergeordneter Behörden beruhenden Angebote und Leistungen auf Dauer finanziell durchzuhalten ist und natürlich auch, ob dies, wie im Vorschlag zum Bürgerhaushalt ausgeführt, überhaupt sinnvoll ist.

Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag grundsätzlich zu begrüßen. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, inwieweit aufgrund objektiver Zahlen (z.B. Einwohnerzahl oder Zahl der Kinder) in einem Ortsteil eine Staffelung der Standards (z.B. Zahl der Spielgeräte, Investitionskosten für den Spielplatz) erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	unentschieden
Gremien	teilweise zugestimmt



Vorschlag 10:

Parkgebühren an öffentlichen Straßen

Wenn ich durch Heidenroder Ortsteile komme, dann fallen mir immer wieder Straßen auf, die von den Bürgern als öffentliche Parkplätze mißbraucht werden. Wie angenehm ist es dagegen, durch Straßen zu kommen, wo der Bürger sein Fahrzeug auf dem eigenen Grund abstellt und die Straßen frei ist. Diese Bürger geben viel Geld aus um einen Abstellplatz zu schaffen oder zu mieten. Der Bürger, der die Straße als Dauerparkplatz betrachtet, nimmt einen geldwerten Vorteil in Anspruch, den die Gemeinde und damit der Steuerzahler großzügig gewähren. Unverständlich ist mir nur, wie die Gemeinde, in Zeiten leerer Kassen, so großzügig sein kann? Ich würde empfehlen, wenn schon jeder Hund Steuern zahlen muß, daß die Gemeinde für jeden, der glaubt, sein Fahrzeug auf der Straße parken zu dürfen, eine Gebühr erheben sollte. Diese Gebühr kann monatlich 30 Euro betragen, das ist durchaus angemessen. Diese Gebühr ist von der Gemeindekasse einzuziehen. Natürlich bekommt dann der Bürger die Plakette "Anlieger".

Verwaltungskommentar:

Es ist sicherlich ein Ärgernis wenn Stellplätze nicht genutzt oder erst gar nicht geschaffen werden. Aber für zugelassene und verkehrstüchtige Kraftfahrzeuge ist das Parken auf einer innerörtlichen Straße gemäß Straßenverkehrsordnung grundsätzlich überall dort erlaubt, wo es nicht durch örtliche Gegebenheiten oder durch entsprechende Park- bzw. Halteverbotszeichen untersagt ist. Für ein dauerhaftes, kostenpflichtiges Parken auf einer öffentlichen Straße müssten Parkbereiche festgelegt werden, diese entsprechend beschildert und darauf folgend, ständig kontrolliert werden, wie es aus dem Anwohnerparken in den Städten mit Parkausweisen bekannt ist.

Der Verwaltungsaufwand für die Einrichtung der Bereiche und fortlaufende Ausgabe von Parkausweisen bzw. Parkplaketten für Anlieger würde den Einnahmeumfang mit Sicherheit übersteigen. Für das kostenpflichtige Kurzzeitparken auf Gemeindestraßen müssten Parkautomaten angeschafft, die zugelassenen Parkzonen ebenfalls ausgeschildert und die Einhaltung der Parkzeiten (Kontrolle der Parkscheine), sowie die Wartung und Unterhaltung der Automaten personell und finanziell sichergestellt werden.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 11:

Tourismus vorantreiben

Heidenrod hat eine wunderschöne Landschaft, die mittlere Höhenlage mit einem gesunden Klima. Die Nähe zu Ballungsgebieten mit guter Anbindung. Diese besonderen Gegebenheiten können viele Gebiete nur mit Neid bewundern. Wir brauchen uns weder hinter dem Schwarzwald noch hinter dem Allgäu zu verstecken. Da drängt sich bei mir die Frage auf, warum vermarkten wir uns nicht besser? Im hessischen Rundfunk wird alles vorgestellt, nur Heidenrod nicht.

Ab Kemel über Huppert haben wir den Limes mit Info-Tafeln ausgeschildert. Dieser Weg ist sehr gut für Schulen geeignet, da sehr informativ, in Englisch und französisch beschrieben und nicht zu lang. Über den Dörsbach-Wanderweg, am Wacholderhain entlang, geht es dann zurück in Richtung Kemel. Wir haben also den Dörsbachwanderweg, der durch Laufenselden bis zur Lahn führt. Wir haben auf dem Schirm bei Huppert die Keltengräber. Beim Stegerhof steht eine uralte Eibe. Alle Ortsteile haben auch irgendetwas Besonderes. Nur wir sind Meister im Verstecken unserer Schätze.

Wir sind das ideale Gebiet für den Tourismus.

In der Gemeinde sollte es einen Mitarbeiter geben, der die Vermarktung vorantreibt. Das sollte keine Kosten verursachen. Beispiel: Zurzeit werden die Vorbereitungen für einen Fernwanderweg, von Wiesbaden kommend, der auch über Kemel und Huppert führen soll, ausgearbeitet. Jetzt sollte die Gemeinde Kontakt aufnehmen um den Verlauf zu erkunden, um die heimische Gastronomie zu informieren. Ferner sollte ein Kataster erstellt werden um Übernachtungsmöglichkeiten auszuloten. Alles was dazu beiträgt Leute ins Land zu holen, die Geld ausgeben, kommt auch der Gemeinde zugute.

Die Limesstube ist sehr gut geeignet, am Sonntagmorgen von 10 bis 12 Uhr, einen Bürgerstammtisch einzurichten, bei dem aber auch ein Kommunalpolitiker anwesend sein müsste. Das kann im Wechsel mit anderen Gaststätten in Laufenselden, Zorn, Grebenroth oder sonst wo innerhalb von Heidenrod sein. Hier könnten sich Menschen treffen, die sich vielleicht nie kennengelernt hätten. Das muss nur in einer passenden Weise vermittelt werden.

Verwaltungskommentar:

Tourismus in Heidenrod war das beherrschende Thema einer informellen Arbeitsgruppe „Ideenschmiede Heidenrod“. In mehreren Sitzungen wurden Ideen gesammelt, konkretisiert und ausgewertet. Zuletzt wurden die in Arbeitsgruppen ausgearbeiteten Konzepte in einer recht gut besuchten Veranstaltung in der Römerhalle vorgestellt. Und das war es dann auch schon. Von Anfang an war klar,



und daran hat sich nichts geändert, dass die Gemeinde selbst keine Investitionen in touristische Angebote machen kann. Durch die Gemeinde sollte Unterstützung bei der Genehmigung von Vorhaben geleistet werden. Diese Unterstützung wurde, soweit nachgefragt, auch geleistet. Leider wurde keines der Projekte von einem privaten Dritten umgesetzt.

Zu den ins Auge gefassten Konzepten möchte ich noch folgendes anmerken. Vielleicht fehlt uns in der Verwaltung die Phantasie oder die Fähigkeit Visionen zu haben. Aber es erschließt sich mir nicht wo die Wertschöpfung für die Gemeinde liegt wenn Besucher in unserer schönen Landschaft herumlaufen, Radfahren oder Reiten und dabei keinen Euro ausgeben (können).

Solange es keine Infrastruktur wie Gaststätten, Restaurants, Pensionen u.Ä. gibt, die von Besuchern profitieren bringen uns die schönsten Wander-, Reit- und Radwege nur Kosten und Ärger.

Natürlich gibt es eine(n) Ansprechpartner(in) für Tourismus in der Verwaltung.

Seit vielen Jahren führen wir das sogenannte Gaststättenverzeichnis -auch mit Übernachtungsmöglichkeiten- und stellen diese auf Wunsch gerne zur Verfügung. Auf der Homepage unter "Freizeit und Tourismus"

können diese Informationen ebenfalls eingesehen werden. Doch leider sind diese Listen in den letzten 20 Jahren immer kleiner geworden und inzwischen recht „überschaubar“.

Ob es die Aufgabe einer Gemeindeverwaltung ist, "Stammtische" zu initiieren oder gar zu organisieren, sei dahingestellt. Wenn es kein privates Interesse daran gibt, sind die Versuche jedenfalls zum Scheitern verurteilt.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 12:

Kostenstelle Dorfgemeinschaftshäuser

Das System Dorfgemeinschaftshäuser, ist zweifellos eine sehr soziale Einrichtung. Sie ist aber auch gleichzeitig ein "Faß ohne Boden", da für eine Überkapazität enorme Kosten auflaufen, die in der Zukunft wohl kaum zu stemmen sind. Gewiss, Bürger legen Hand an, wie in hervorragender Weise an der Limeshalle in Huppert zu sehen ist. Die Limeshalle in Huppert ist aber auch, durch die Limesstube, ein Beispiel, wie mit überschaubaren Mittel ein gewinnträchtiges Objekt geschaffen werden kann. Wir haben auf engem Raum 3 große Dorfgemeinschaftshäuser. Was uns in Huppert fehlt ist eine Gaststätte, die so groß ist, daß Familienfeiern stattfinden können. Dazu müsste lediglich ein Teil der Halle in die Limesstube eingefügt werden. Die restliche Halle wäre als Nebenzimmer für Vereinstätigkeiten und größere Versammlungen immer noch mehr als ausreichend. Wenn die größere Gaststätte, mit 50-60 Sitzplätzen und entsprechender Kücheneinrichtung, professionell betrieben wird, entweder durch Familie Seidl oder einem potentem Gastronom, dann sollte die Limesstube, entweder verpachtet oder verkauft, auch Gewinne erwirtschaften. Die unteren Räume, die ohnedies von außen zugänglich sein werden, bleiben unberührt und können, wie gewohnt, genutzt werden. Die Zukunft von Heidenrod und besonders von Huppert liegt im Fremdenverkehr. Wir haben beste Voraussetzungen, durch das Welterbe LIMES sowie die Nähe zum Mittelrhein. Was uns auszeichnet ist das gesunde Klima durch die mittlere Höhenlage.

Verwaltungskommentar:

Der Zuschussbedarf für die Dorfgemeinschaftshäuser war schon im Zusammenhang mit den Auflagen und Bedingungen des Hessischen Ministerium des Innern und für Sport im Zusammenhang mit einer Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock das am kontroversesten diskutierte Thema. Vereine haben sich zusammengeschlossen und sogar im Ministerium vorgeschrieben. Es gibt zumindest einen Teil der Bevölkerung der den Erhalt in der jetzigen Form uneingeschränkt befürwortet. Die Lösung wird dann eher bei Kostenreduzierungen (Betriebs- und Unterhaltungskosten) und der Verbesserung der Einnahmen gesehen. Dabei werden aber Benutzungsentgelte für die sog. Dauernutzer für Übungsstunden u. ä. abgelehnt. Aus Sicht der Verwaltung kann damit der Zuschussbedarf aber nicht nennenswert reduziert werden.

Es ist fraglich ob nach dem Gaststättensterben der letzten Jahre (Jahrzehnte) neue Gaststätten in Dorfgemeinschaftshäusern etabliert werden können. Speziell in Huppert hat der Wirt die Gelegenheit den Saal bei Bedarf für die Gaststätte zu nutzen. Leider ist der Bedarf nicht so groß wie man dem Vorschlag entnehmen könnte.



Die getrennte Nutzung von Unter- und Erdgeschoss ist leider nicht so einfach möglich, da sie nicht abtrennbar sind und sich im Erdgeschoss keine Toiletten befinden. Wasser- und Stromversorgung lassen sich ebenfalls nicht ohne weiteres trennen. Jeglicher Nutzungsänderung in dieser Richtung müssten erhebliche Umbaumaßnahmen vorausgehen. Ob sich diese Kosten refinanzieren lassen ist aus unserer Sicht sehr fraglich.

Ein interessanter Aspekt ist die aufgeworfene Frage ob die Gemeinde auf so engen Raum drei große Dorfgemeinschaftshäuser benötigt. Hier muss man feststellen, dass man nach 40 Jahren Heidenrod sich offensichtlich immer noch in erster Linie als Hupperter, Laufenseldener usw. fühlt. Die Bereitschaft Infrastruktureinrichtungen in anderen Ortsteilen zu benutzen und dafür auf die Einrichtung im eigenen Ortsteil zu verzichten ist nach unserer Wahrnehmung nicht sehr groß.

Wenn in dem Bereich der Dorfgemeinschaftshäuser der Zuschussbedarf nennenswert reduziert werden soll ist das nur über die großen Häuser mit drastischen Maßnahmen wie Verkauf oder Schließung möglich. Dass das nicht gewollt ist hat die Diskussion um die Anfangs erwähnten Auflagen und Bedingungen des Ministeriums sehr deutlich gezeigt.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 13:

Urnenwand für Bestattungen

Ich unterbreite diesen Vorschlag, weil aus meiner Sicht die Zahle der Feuerbestattungen zunimmt. Ferner, weil in unserer Gemeinde viele Bürgerinnen und Bürger leben, deren Angehörige nicht in unmittelbarer Nähe wohnen und die Grabpflege vornehmen können.

Die Urnenwände könnten zentral an einem oder zwei Friedhöfen (Kemel, Laufenselden) errichtet werden. Die Firma Rinn bietet Urnenwände in verschiedenen Ausführungen und im Baukastensystem an. Es gibt sicherlich auch noch weitere Anbieter. Für die Gemeinde würden sich auf Dauer Kosteneinsparungen ergeben. Bei den Bestattungen und der Friedhofspflege würden sich die Lohn-, Maschinen- und Materialkosten verringern.

Verwaltungskommentar:

Die Bauverwaltung hatte sich bereits mit diesem Thema beschäftigt und ist zum Ergebnis gekommen, dass für die Gemeinde Heidenrod in finanzieller Hinsicht keine Einsparungen erkennbar sind.

Urnenwände sind nur sinnvoll, wenn aus Platzmangel keine anderen Möglichkeiten geschaffen werden können. Hinzu kommen noch die hohen Anschaffungskosten.

Darüber hinaus bietet die Gemeinde Heidenrod künftig in der neuen Friedhofssatzung sogenannte Rasengrabstätten für Erd- und Urnenbeisetzungen an. Diese werden nur mit einer Bodenebenen Gedenktafel versehen. Dies ermöglicht einen sehr geringen Pflegeaufwand für die Angehörigen und die Gemeinde.

Hinsichtlich der Bestattungskosten ist zu sagen, dass diese von den Nutzungsberechtigten in einem Gebührenbescheid angefordert werden. Somit sind die entstandenen Aufwendungen kostenneutral für die Gemeinde. Einsparungsmöglichkeiten ergeben sich somit durch eine Urnenwand nicht.

Bedenken muss man auch, dass bei Anschaffung von Urnenwänden weiterhin auf den Friedhöfen vielseitige Pflegearbeiten durchgeführt werden müssen.

Nach all den genannten Gründen sieht die Bauverwaltung hier keine Kostenersparnis für die Gemeinde.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	zugestimmt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 14:

Heidenroder Nachrichten (TIP)

Ich lese gerne und intensiv die Heidenroder Nachrichten "TIP", bin auch bereit etwas zu zahlen. Mein Vorschlag, entweder ganz abschaffen oder nicht jede Woche und für einen gewissen Betrag, hier sollte der Bedarf ermittelt werden. (Beispiel: Rheingau Echo, Blaues Ländchen)

Verwaltungskommentar:

Um Kosten für den TIP Heidenroder Nachrichten zu sparen haben wir in diesem Jahr probeweise die Rechte an der Titelseite an den Verlag abgetreten. Die Ersparnis dadurch beträgt mit 5.00 € immerhin fast 25 % der Gesamtkosten.

Mit dem Verlag wurden auch andere Modelle zur Kostenersparnis diskutiert, z.B. Reduzierung der Erscheinungsweise auf vierzehntägig oder monatlich. Neben dem Verlust der Aktualität sieht der Verlag hier aber keine größeren Einsparpotentiale, da er Verluste bei der Inserenten Werbung erwartet.

Das Modell der Bürgerzeitung des Linus-Wittich Verlages lebt von der unentgeltlichen Verteilung in alle Haushalte. Der Verlag ist nicht auf die Erhebung von Abonnementkosten eingerichtet. Es müsste schon ein enormer Aufwand getrieben werden um das umzusetzen. Um die zusätzlichen Kosten hereinzuholen müsste der Abonnementspreis entsprechend hoch sein. Es ist zu befürchten, dass dann kaum noch jemand das Blatt beziehen möchte.

Dann sollten wir den TIP Heidenroder Nachrichten lieber gleich einstellen.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 15:

Zusammenlegungen mit Nachbargemeinden

Zusammenlegung von diversen Gemeindeeinrichtungen mit Nachbargemeinden, z.B. Bauhof, Standesamt, Seniorenarbeit, etc. Das geht gegen niemanden persönlich, sollte jedoch von Fachleuten überprüft werden.

Verwaltungskommentar:

Die Zusammenlegung von Gemeindlichen Einrichtung beziehungsweise gemeinsame Aufgabenerledigung ist unter dem Schlagwort „Interkommunale Zusammenarbeit“ kur IKZ seit Jahren in der Diskussion. Es gibt sogar ein Förderprogramm des Landes dafür.

Ziel der IKZ ist durch die gemeinsame Aufgabenerledigung entweder die qualitative Verbesserung der Leistung und/ oder wirtschaftlichere Erbringung der Leistung. IKZ darf daher nicht nur auf Einsparungen reduziert werden. Bei der Qualität der Leistungserbringung ist dabei natürlich auch die unmittelbare Auswirkung auf die Bürger zu beachten.

Auch wenn es in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird gibt es seit Jahren IKZ Beteiligungen der Gemeinde Heidenrod:

- *Ordnungsbezirk Gefahrgut mit 10 kreisangehörigen Gemeinden*
- *Einbürgerungen mit dem Rheingau-Taunus-Kreis*
- *ARGE Doppik mit 7 kreisangehörigen Gemeinden*
- *Ordnungsbezirk Hilfspolizeibeamter mit 3 kreisangehörigen Gemeinde*

Die Zusammenarbeit im Bereich Rechnungsprüfung mit anderen Städten/ Gemeinden wird seit Jahren angestrebt ist aber zunächst an der Bereitschaft einer Nachbargemeinde zur Zusammenarbeit gescheitert. Zuletzt gab es personelle Probleme bei einer anderen Kommune die einer Umsetzung entgegenstand. Hier sind wir aber zwischenzeitlich auf einem guten Weg und gehen von einer Zusammenarbeit ab 2013 aus.

Für das Standesamt wurde vor einigen Jahren die Bildung eines gemeinsamen Bezirkes mit zwei weiteren Nachbargemeinden geprüft und verworfen, da sich keine nennenswerte Ersparnis im Verhältnis zur Reduzierung des Bürgerservice ergeben hat. Hier laufen aber erneut Gespräche mit einer anderen Gemeinde.

Auch im Bereich der Finanzverwaltung gibt es entsprechende Gespräche. Hier soll zunächst die Möglichkeit der Zusammenarbeit der Steuerämter geprüft werden.



Insgesamt muss zur IKZ festgestellt werden, dass die Einsparpotentiale meist geringer sind als sich die Politik erhofft und, dass man keine andere Gemeinde/ Stadt zur Zusammenarbeit zwingen kann.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	teilweise zugestimmt

**Vorschlag 16:****Geschenke Partnergemeinden**

Keine Geschenke an Partnergemeinden.

Verwaltungskommentar:

Die Gemeinde Heidenrod verfügt über drei Städtepartnerschaften. Bis auf die Partnerschaft mit Mád in Ungarn ruhen diese Partnerschaften praktisch. Außer zwei ausgedienten Feuerwehrfahrzeugen für Mád wurden noch keine nennenswerten Geschenke gemacht. Daher besteht hier kein Einsparpotential.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt

**Vorschlag 17:****Verkauf „Heimat- und Kulturhaus Heidenrod“**

Verkauf von Haus Wieser.

Verwaltungskommentar:

Im Haushaltssicherungskonzept 2011 ist die Veräußerung von derzeit nicht benötigten Vermögen enthalten. Wie der Presse entnommen werden konnte sollen die Dreschhallen in Obermeilingen, Grebenroth und Martenroth veräußert werden. Das Forsthaus Egenroth wurde bereits verkauft.

In diese Prüfungen ist auch das Heimat- und Kulturhaus mit einbezogen. Hier haben zunächst Gespräche mit den Hauptnutzern stattgefunden. Eine Abschließende Entscheidung wurde von den Gremien noch nicht getroffen.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	zugestimmt
Gremien	zugestimmt

**Vorschlag 18:****Keine Unterstützung von Baumaßnahmen**

Keine Unterstützung vom Bau eines Limesturmes oder sonstigen (Luxus-) Objekten zu Zeiten "schwacher" Finanzmittel.

Verwaltungskommentar:

Die Mittel für die Aussichtsplattform auf dem Pohl stammen aus Vorjahren. Bei mehreren Beratungen in der Gemeindevertretung und dem Haupt- und Finanzausschuss wurde die Maßnahme vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Gemeinde zwar kritisch gesehen aber man hat die gegebenen Mittelzusagen nicht widerrufen.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	zugestimmt
Gremien	zugestimmt (außer Limesturm)

**Vorschlag 19:****Verzicht auf Schiffsausflug für Senioren**

Verzicht auf Schiffsausflug für Senioren bis sich die Gemeinde finanziell erholt hat. (Ich habe den Beitrag im Internet gelesen und Ihre Antwort; jedes Jahr ein Treffen für alle Senioren in einer Halle tut es meiner Meinung auch, großes Lob übrigens an Frau Vollmuth, sie macht eine Superarbeit!!!)

Verwaltungskommentar:

Seit einigen Jahren werden Schiffsausflug und Seniorennachmittag nicht mehr jährlich sondern nur noch alternierend durchgeführt. Damit wurden bereits Kosten eingespart. Durch die Erhöhung des Eigenanteils hat sich der Zuschussbedarf für den Schiffsausflug reduziert. Zur Bedeutung des Schiffsausfluges wird zur Vermeidung von Wiederholungen auf den Verwaltungskommentar zu Vorschlag Nr. 6 verwiesen.

Für den Seniorennachmittag wird kein Eigenanteil erhoben. Trotz der insgesamt niedrigeren Kosten ergibt sich für die Durchführung eines Seniorennachmittages kein wesentlich geringerer Zuschussbedarf anstelle eines Schiffsausfluges.

Wenn Kosten eingespart werden sollen muss der Schiffsausflug ersatzlos entfallen. ,Alternativ könnten auch kostendeckende Eigenanteile erhoben werden.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt, solange Teilnehmerzahl >250

**Vorschlag 20:****Zusammenlegung von Friedhöfen**

Zusammenlegung von Friedhöfen.

Verwaltungskommentar:

Diese Forderung hat auch schon die Kommunalaufsicht erhoben. Unklar ist, wie dadurch Kosten eingespart werden sollen. Denn die Friedhöfe sind ja da und es bestehen Nutzungs- und Ruherechte. Einsparungen könnten danach frühestens mit der Schließung nach Ablauf aller Rechte in 40 Jahren (oder später) entstehen.

Zunächst müssten Friedhöfe geschlossen, das heißt keine neuen Bestattungen mehr zugelassen werden. Trotzdem müssten sie als Friedhöfe für den oben genannten Zeitraum weiter bestehen bleiben, gepflegt und unterhalten werden. Der Zeitraum von mindestens 40 Jahren kann sich leicht um 20, 30 oder mehr Jahre verlängern wenn bei Doppelwahlgrabstätten die zweite Bestattung erst nach so vielen Jahren erfolgt.

Verwaltungsseitig wird hier kein Einsparpotential gesehen.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt



Vorschlag 21:

Gegebene Zuschüsse

Kann sich eine Gemeinde in dieser Situation eine Kulturvereinigung, Zuschüsse zur Lebenshilfe Langschied, Zuschüsse Sozialstation leisten?

Verwaltungskommentar:

Hier ist keine pauschale Antwort möglich und muss differenziert werden:

Kulturvereinigung

Die Gemeinde ist Mitglied der Kulturvereinigung Heidenrod und zahlt einen Mitgliedsbeitrag von einigen hundert Euro im Jahr. Weitere Zuschüsse werden nicht gezahlt. Bei Veranstaltungen wird der Kulturvereinigung Heidenrod teilweise praktische Unterstützung durch den Gemeindebauhof geleistet und es werden der Kulturvereinigung Heidenrod keine Hallenbenutzungsentgelte für ihre in der Regel wenig kommerziellen Veranstaltungen berechnet. Das ist neben den geringen Zuschüssen an die kulturellen Vereine der einzige Beitrag der Gemeinde zum kulturellen Angebot in der Gemeinde. Das Aufwand/ Nutzen Verhältnis ist sicher viel besser als wenn die Gemeinde vergleichbare Angebote selbst machen würde. Natürlich kann man darüber streiten ob eine arme Gemeinde sich überhaupt um kulturelle Angebote für ihre Bürger bemühen soll.

Lebenshilfe Langschied

Die Lebenshilfe erhält, als sog. freier Träger, von der Gemeinde eine Verlustabdeckung für den Betrieb der Kindertagesstätte Langschied. Die Plätze der Kindertagesstätte Langschied stehen den Heidenroder Kindern zur Verfügung. Würde die Lebenshilfe die Einrichtung nicht betreiben müsste die Gemeinde dort oder an anderer Stelle die entsprechende Anzahl von Plätzen schaffen. Hierfür würden vergleichbare Kosten entstehen. Insofern ist hier keine Einsparung zu erzielen.

Sozialstation

Die Sozialstation der Gemeinde arbeitet mit der großartigen Unterstützung des Fördervereins kostendeckend. Die unbestritten hervorragende Qualität der Arbeit der Sozialstation sollte nicht in Frage gestellt werden.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	abgelehnt
Gremien	abgelehnt

**Vorschlag 22:****Hilfspolizist an Brennpunkten**

Der Hilfspolizist sollte an "Brennpunkten" mehr zum Einsatz kommen, sollte zwar keine Einnahmequelle sein, wäre aber zum Vorteil.

Verwaltungskommentar:

Gemeint sind wohl vor allem Geschwindigkeitskontrollen. Dabei ist der Vorschlag in sich widersprüchlich. Entweder man setzt den Hilfspolizeibeamten an „Gefahrenstellen“ ein oder man sucht sich „lukrative“ Messpunkte aus. Wir haben die Messpunkte bisher breit gestreut und sind soweit möglich auch auf Wünsche und Anregungen der Ortsbeiräte eingegangen. Für die Akzeptanz von Verkehrskontrollen in der Bevölkerung ist es wichtig, dass man nicht den Eindruck gewinnt, Messpunkte würden nur unter dem Aspekt der Einnahmeerzielung ausgewählt. Die eingenommenen Verwarnungsgelder dienen zwar mit zur Finanzierung des Gemeindehaushaltes. Wir legen aber großen Wert darauf, dass mit dem Hilfspolizeibeamten keine Überschüsse erwirtschaftet werden sollen.

Abstimmungsergebnis	
Bürger	unentschieden
Gremien	abgelehnt



Beratungsablauf in den Gremien



* **Beratung in folgenden öffentlichen Ausschüssen
(diese geben lediglich „Empfehlungen“ ab!):**

- Ausschuss für Jugend, Soziales, Kultur, Sport und Schule
- Ausschuss für Land-, Forstwirtschaft und Umwelt
- Ausschuss für Planen, Bauen, Verkehr und Wirtschaft
- Haupt- und Finanzausschuss

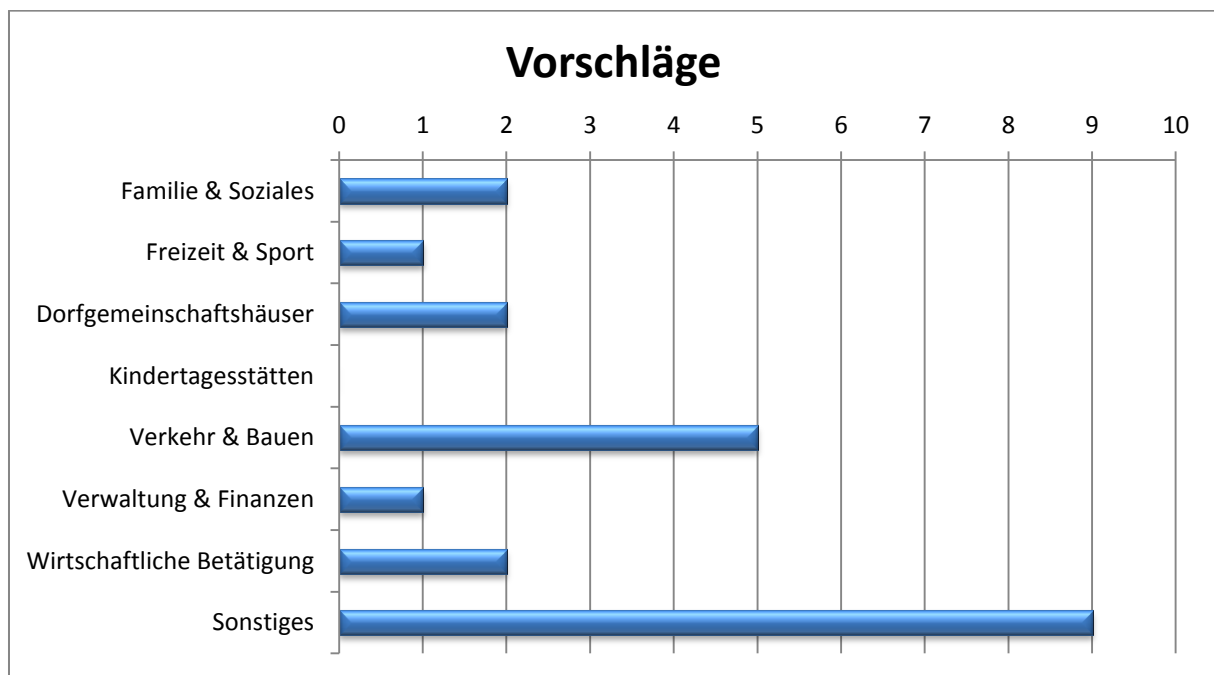


Analyse der Beteiligung

Heidenrod beheimatet knapp 8.000 Einwohner, welche sich auf 19 Ortsteile verteilen. Im Rahmen des ersten Heidenroder Bürgerhaushaltes sind insgesamt 22 Vorschläge zur Gestaltung des Haushaltes eingereicht worden. Dies entspricht einer relativen Vorschlagsquote gemessen an den Gesamteinwohnern von ca. 0,28%. Vergleicht man diese Quote für das erste Bürgerhaushaltsjahr mit anderen Kommunen (Frankfurt: 0,18%, Bad Nauheim: 0,14%, Taunusstein: 0,19%), so kann man mit diesem Ergebnis tendenziell zufrieden sein. Die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wohnort scheint in Heidenrod somit größer zu sein als in den oben genannten Städten. Allerdings gibt es in diesem Bereich mit Sicherheit noch weiteres Potential, um den Stellenwert des Bürgerhaushaltes stetig zu erhöhen.

Die Beteiligungsmöglichkeiten (sowohl im Bereich der Vorschlagsabgabe als auch bei der Abstimmung) waren vielseitig: ob schriftlich, mündlich oder per Internet – jedem wurde die Möglichkeit geboten, die Zukunft seiner Wohngemeinde mitzugestalten. Die Vorschlagsabgabe wurde überwiegend schriftlich durchgeführt, wohingegen die Abstimmung über die eingegangenen Vorschläge jedoch ausschließlich per Internet erfolgte.

Die Vorschläge selbst verteilten sich wie folgt auf 8 von 9 vorgegebenen Bereichen:



Die 22 eingegangenen Vorschläge wurden insgesamt nur von 8 Bürgerinnen und Bürgern eingereicht, somit ist der „Kern“ der aktiv Beteiligten recht überschaubar.



Fazit

Die Ergebnisse der Beteiligungsanalyse für den ersten Heidenroder Bürgerhaushalt zeigen, dass bei mehreren Faktoren noch Optimierungspotential vorhanden ist, welches es durch geeignete Maßnahmen zu erschließen gilt:

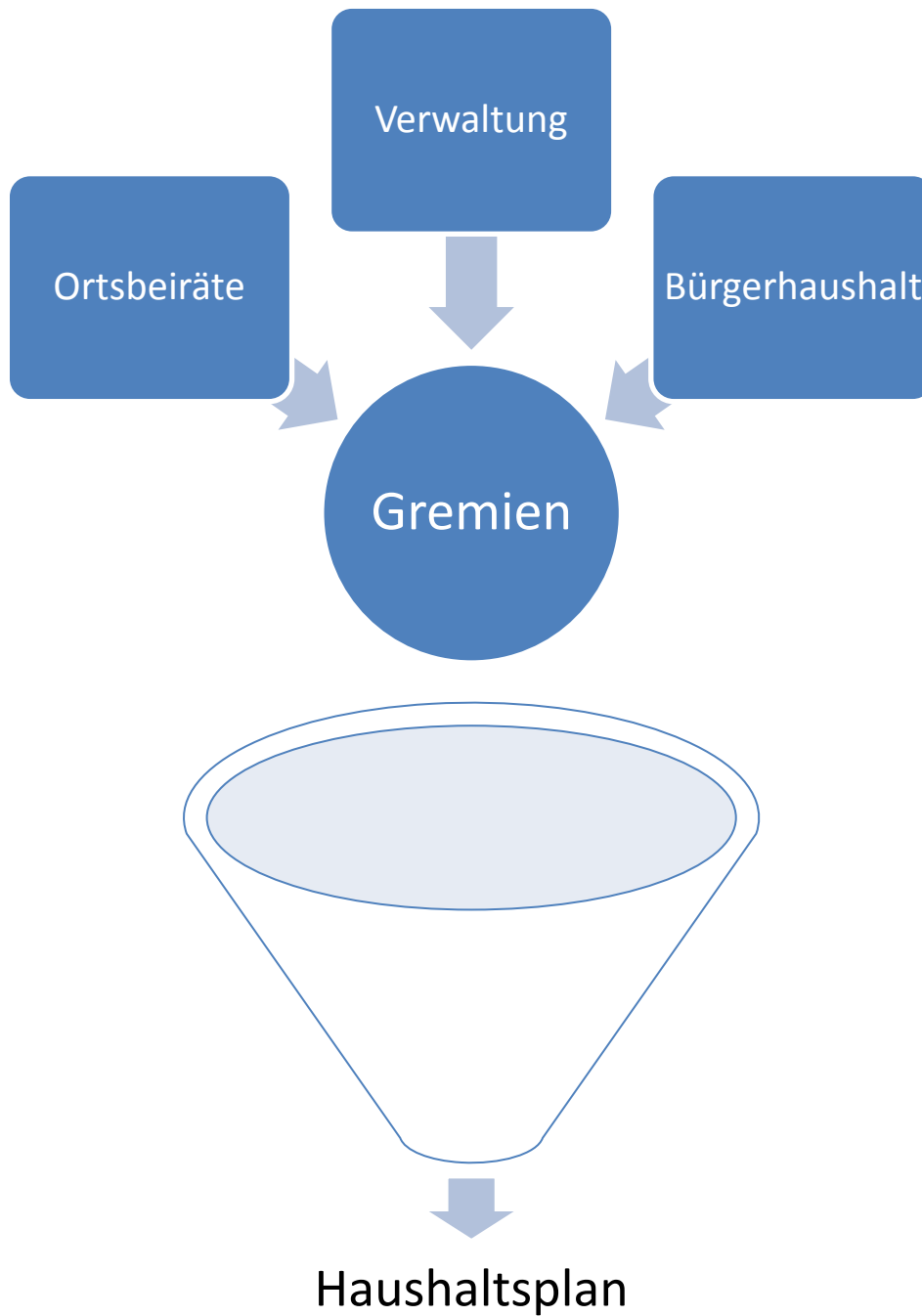
Die absolute Anzahl der Vorschläge für die weiteren Bürgerhaushalte kann beispielsweise durch eine intensivierete Öffentlichkeitsarbeit (sowohl durch Printmedien wie auch durch „Mundpropaganda“) gesteigert werden. Das Phänomen, dass der „Kern“ der Beteiligten tendenziell mehrere Vorschläge pro Person einreicht, ist grundsätzlich als positiv anzusehen, sollte jedoch um eine höhere Repräsentativität sowie Akzeptanz zu erreichen auf eine größere Basis verteilt werden.

Weiterhin muss festgestellt werden, dass nur durch eine größere Beteiligung aller Akteure der Weg „Bürgerhaushalt“ Aussicht auf langfristigen Erfolg hat. Dazu ist Geduld, Standhaftigkeit und Ausdauer erforderlich. Eine intensive Auseinandersetzung mit den eingereichten Vorschlägen durch Politik und Verwaltung ist hier unabdingbar. Denn wenn Bürger erkennen, dass sie zwar aufgerufen sind, sich zu beteiligen, ihre Vorschläge aber nicht ausreichend beachtet werden, wird die Politikverdrossenheit eher zu- als abnehmen. Auch das Interesse, sich kommunalpolitisch oder ehrenamtlich zu engagieren, wird sinken.

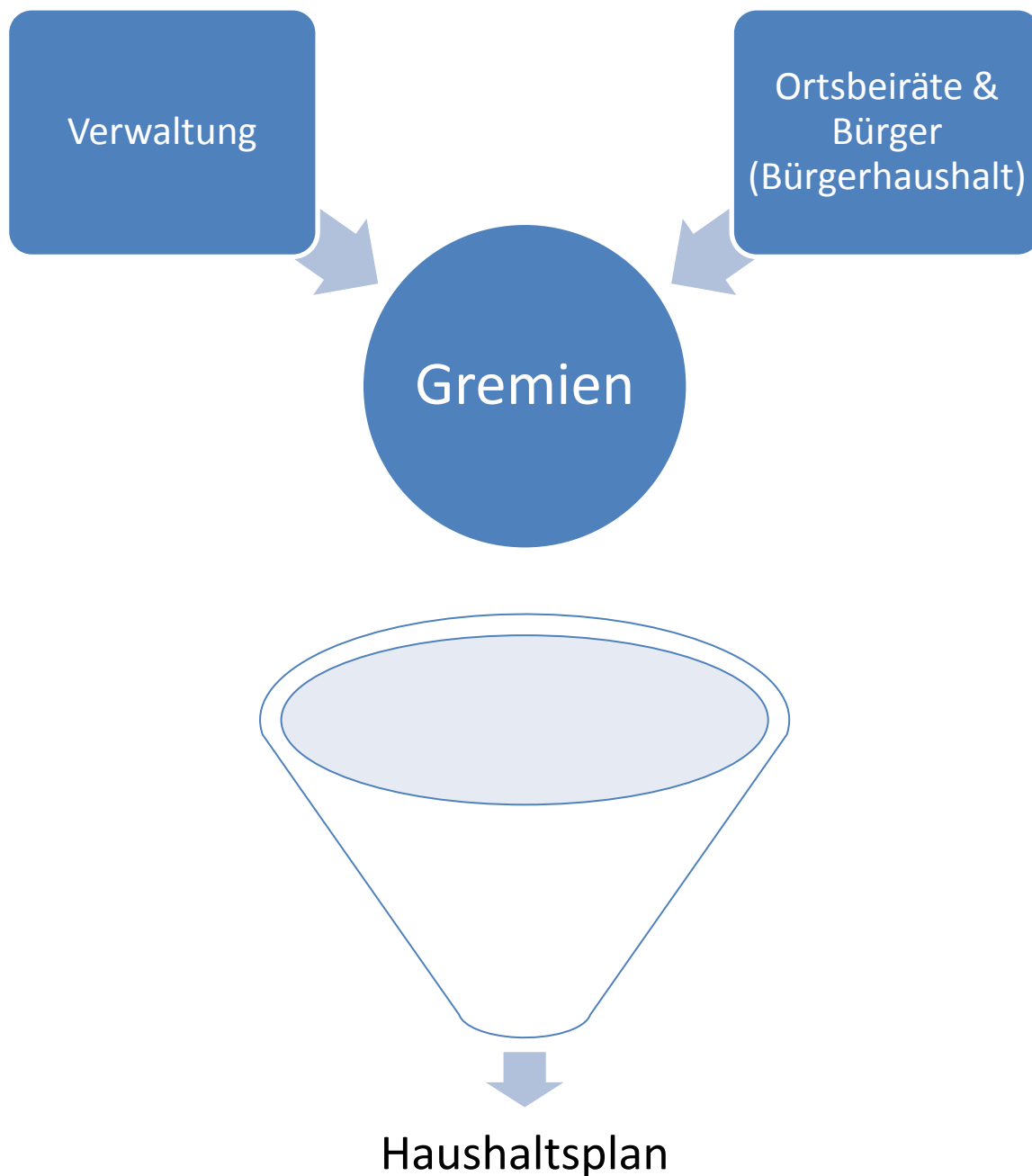
Daher wird empfohlen, den Bürgerhaushalt als langfristiges Instrument der gelebten Bürgernähe einzusetzen und kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Ausblick Bürgerhaushalt 2014

Status Quo Haushalt 2013:



Neu ab Haushaltsjahr 2014:



Zukünftig werden die Ortsbeiräte aktiv mit in das Medium „Bürgerhaushalt“ eingebunden, um Synergieeffekte zu nutzen sowie ein einheitliches und transparentes Beteiligungsverfahren zu etablieren. Neben der Mitgestaltung des Haushaltsplanes können die Ortsbeiräte über diese Plattform einen engen und regen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern ihres Ortsteils festigen.



Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:

Gemeindevorstand der Gemeinde Heidenrod
Rathausstraße 9
65321 Heidenrod

Telefon: +49 6120/79-0
Telefax: +49 6120/79-55
E-Mail: info@heidenrod.de
Homepage: <http://www.heidenrod.de>

Die Gemeinde Heidenrod ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Bürgermeister Harald Schmelzeisen.

Ersteller und Ihr Ansprechpartner für Fragen rund um den Bürgerhaushalt ist:

Finanzverwaltung:

Herr Stefan Janzen
Tel.: 06120/79-53
E-Mail: stefan.janzen@heidenrod.de